

Religion und Politik in Deutschland 20 Jahre nach der deutschen Einheit. Tagungsbericht

Anja Gladkich

Seit dem umfassenden politischen Wandel im Zuge der deutschen Einheit sind nunmehr 20 Jahre vergangen. Der von vielen erwartete Aufschwung des Religiösen im Osten des Landes blieb jedoch aus. Vielmehr ist im vereinten Deutschland – vor allen Dingen in Westdeutschland – ein kontinuierliches Absinken religiöser Vitalität zu beobachten. Für die Kirchen bedeutet dies, dass sie sich immer weniger auf eine breite Verankerung in der deutschen Gesellschaft verlassen können. Damit ist auch die Legitimität kirchlicher Einflussnahme im politischen Bereich gefährdet: Einerseits verlieren öffentliche, kirchliche Äußerungen in den gesellschaftlichen Debatten zunehmend an Gewicht; andererseits sind auch institutionelle Veränderungen möglich, die die Einflussbereiche der Kirchen auf Politik und Gesellschaft beschneiden. Darüber hinaus ergaben sich in den letzten 20 Jahren neue Herausforderungen durch die zunehmende Pluralisierung und Individualisierung der religiösen Landschaft Deutschlands. Besonders aktuell ist hier zum Beispiel die Debatte um die Integration muslimischer Migranten. Es sollte nicht unerwähnt bleiben, dass besonders in den letzten Jahren vermehrt Stimmen von einer „Wiederkehr der Religion“ laut werden und ein „postsäkularer“ Umgang mit religiösen Argumenten gefordert wird. Folgt man dieser Linie, könnten sich ganz neue Entwicklungen im Zusammenspiel von Politik und Religion ergeben.

Entsprechend standen für die Jahrestagung 2010 des Arbeitskreises „Politik und Religion“ der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft in Leipzig vom 18. bis 20. November 2010 verschiedene Fragen zur Diskussion: Führt ein weiterer Abbruch religiöser Traditionen zu einer Erosion in der politischen Bedeutung

der christlichen Kirchen? Welche Konsequenzen hat die religiöse Pluralisierung auf die Stellung der Religion und den politischen Diskurs in Deutschland? Welche Folgen ergeben sich aus den noch immer bestehenden unterschiedlichen Kulturen – der westdeutschen Konfessionszugehörigkeit und der ostdeutschen Konfessionslosigkeit für die Kirchen und ihre politischen Gestaltungsmöglichkeiten? Gibt es Unterschiede im politischen Verhalten zwischen Zugehörigen verschiedener Konfessionen oder auch zwischen kirchlich Gebundenen und Konfessionslosen? Schließlich: Wie sind die Haltungen der Kirchen und Gläubigen zu aktuellen politischen Tagessthemen aber auch einzelnen Policies?

Vor diesem Hintergrund eröffnete der Kirchenhistoriker Prof. Dr. *Klaus Fitschen* (Leipzig) die Tagung mit einem Vortrag zum politischen Protestantismus zwanzig Jahre nach dem Umbruch. Dabei ging er vor allem der Frage nach, ob man hier nicht von einer missglückten Wiedervereinigung zu sprechen habe. Immerhin wurde die Zusammenführung der beiden deutschen evangelischen Kirchen von ostdeutscher Seite oft als Vereinnahmungs- und Überwältigungsversuch des Westens empfunden. Häufige Konflikte haben sich dabei vor allem in den Bereichen der Friedens- und Sozialpolitik ergeben und prägen noch immer die Ost-West-Differenz innerhalb der Kirche. Nicht ohne Grund werden hier Parallelen zur Ebene der politischen Gemeinschaft sichtbar: Auch dort fühlten die Ostdeutschen sich gewissermaßen überrannt und sahen ihre Interessen aber auch ihre freiheitlich-politischen Handlungen im Umfeld des Umbruchs ignoriert. An diese Einführung knüpfte der Beitrag des Theologen Dr. *Michael Coors* (Rostock) an, der am Beispiel der Friedensgebete von 1989 die politische Dimension des Glaubens rekonstruierte. Im Anschluss an Augustinus bestimmte Coors die öffentliche Äußerung religiöser Überzeugungen als Form und Auftrag einer postpolitischen Wirklichkeit, die in ihrer Performanz auf die politische Realität in oppositioneller Weise zurückwirft. Eine andere Perspektive auf die Geschehnisse der friedlichen Revolution wählte der Marburger Religionspädagoge Dr. *David Käbisch*. Anhand selbst durchgeführter Studien untersuchte und diskutierte er die Vermittlung im Religionsunterricht von Geschehnissen und Akteuren des

damaligen politischen Umbruchs. Er stellte fest, dass die meisten Schüler kaum Kenntnisse in diesem Bereich vorweisen können und plädierte daher für einen akteurzentrierten Ansatz der Vermittlung. Anhand konkreter Biographien würde den Schülern ein plastischer Zugang zu dem Thema eröffnet und die Voraussetzung für eine wirkliche Auseinandersetzung mit den Ereignissen geschaffen.

Ein zweiter Themenblock der Tagung stellte die Diskussion zu den Herausforderungen religiöser Pluralisierung, insbesondere dem Umgang mit Muslimen, dar. PD Dr. *Dorothee de Nève*, Politikwissenschaftlerin (Hagen), stellte einen Überblick über verschiedene empirische Befunde zur Islamophobie in Deutschland vor. Dabei wurde deutlich, dass die Ablehnung muslimischer Überzeugungen und Personen in den letzten Jahren deutlich gestiegen ist. Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland fielen hingegen weniger ins Gewicht. Jenseits der aufgeschäumten politischen Debatten wurde damit klar, dass die Vorurteile gegenüber Muslimen gegenwärtig ein relevantes Problem in Deutschland darstellen. Dieser Eindruck festigte sich noch einmal mit dem Beitrag des Religionssoziologen *Alexander Yendell*, M. A. aus dem Exzellenzcluster Religion und Politik in Münster, in dem Yendell die Ergebnisse einer aktuellen international vergleichenden Erhebung aus dem Cluster vorstellte. Es zeigte sich, dass besonders die Gruppe der Muslime abgelehnt wird und dies weit vor allen anderen fremdreligiösen Gruppen wie Buddhisten, Hindus oder Juden. Dabei stach Deutschland als das Land hervor, das in allen abgefragten Bereichen die geringste Akzeptanz von Muslimen aufwies (insgesamt bis 75 % Ablehnung). Yendell identifizierte verschiedene Faktoren, die die Ablehnung muslimischer Menschen und Überzeugungen befördern: Dazu zählen primär dogmatische religiöse Positionen, eine diffuse Fremdenfeindlichkeit, sowie fehlende soziale Kontakte zu Muslimen. Diese sind besonders in Deutschland deutlich ausgeprägt, während zum Beispiel sprachlich und kulturell bedingte Kontaktbarrieren in Frankreich oder Großbritannien offenbar wesentlich schwächer ausfallen. Die Politikwissenschaftlerin Dr. des. *Eva-Maria Hinterhuber* (Berlin) konnte den Befund der positiven Effekte interreligiöser sozialer Kontakte bestätigen. Sie stellte eine Studie zum sozialin-

tegrativen Potential zivilgesellschaftlicher interreligiöser Initiativen von Juden, Christen und Muslimen in Deutschland vor. Insgesamt ist solchen Verbänden ein starkes integratives Potential zuzuschreiben, auch wenn einschränkend bemerkt werden muss, dass ein Übergewicht einerseits westdeutscher Initiativen sowie andererseits von Christen innerhalb der Gruppen zu erkennen ist.

Der Beitrag der Religionssoziologen Dipl. kult. *Anja Gladkich* und Prof. *Gert Pickel* (Leipzig) widmete sich ebenfalls den Herausforderungen einer zunehmenden Pluralisierung, richtete den Fokus aber auf säkulare Verbände. Entgegen öffentlicher Debatten und den Suggestionen von Vertretern atheistisch/humanistischer Verbände befanden sie, dass der „neue Atheismus“ weder neu sei, noch auf eine profunde Legitimationsbasis in der Bevölkerung zurückgreifen könne. Viel eher sei unter den Konfessionslosen eine substantielle Gruppe an religiös Indifferenten auszumachen, die sich weder von religiösen noch von dezidiert atheistischen Institutionen angesprochen oder vertreten fühle. Daraus leiten sie ab, dass es sich beim „neuen Atheismus“ vor allem um ein öffentlich-mediales Phänomen handelt, das als Reaktion auf die Debatte um eine „Wiederkehr der Religion“ entstand.

Der Politikwissenschaftler Dr. des. *Abmet Cavuldak* (Berlin) präsentierte umfangreiche politiktheoretische Überlegungen zur Legitimität der Trennung von Religion und Kirche in Deutschland. Er stellte heraus, dass historisch-kontingente Entwicklungen das Verhältnis von Staat und Kirche – auch in rechtlicher Hinsicht – begründen. Die Bevorzugung bestimmter religiöser Gruppen oder Kirchen – wie sie ja auch in Deutschland vorliegt – wäre damit unter Gesichtspunkten der Religionsfreiheit zumindest fragwürdig. Immerhin leiteten sich die grundsätzlichen Ansprüche auf Bevorzugung aus historischen „Zufälligkeiten“ ab. Einen Spezialfall in diesem Themenbereich betrachtete der Politikwissenschaftler Prof. *Axel Schulte* (Hannover). Er ging der Frage nach, inwieweit die Ungleichbehandlung wegen der Religion bei der Beschäftigung im kirchlichen Bereich zulässig oder als Diskriminierung zu werten ist. Dabei kommt er, in Parallele zu Cavuldak, zu dem Schluss, dass

die Gewährung von Sonderrechten für die Kirchen rechtlich problematisch ist.

Eine weitere Verschiebung der Perspektive brachte der Beitrag von *Maik Herold*, M. A. und *Stefanie Hammer*, M. A., Politikwissenschaftler aus Dresden. Sie untersuchten die mögliche Ausbildung von Zivilreligion bzw. zivilreligiösen Elementen der Symboliken, Inszenierungen und Transzendenzbezüge am Beispiel der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Afghanistaneinsatz der Bundeswehr. Dabei stellten sie besonders Transzendenzbezüge darin fest, wie die Trauerfeiern für dort im Dienst getötete Soldaten/Soldatinnen gestaltet werden und Politiker zunehmend das „Gefallensein“ im Dienste der höheren Sache der politischen Gemeinschaft betonen.

Nicht Zivilreligion sondern Zivilgesellschaft war der Themenbereich, in den die Politikwissenschaftler *Anna-Marie Meuth*, M. A. und *Max Schulte*, M. A. ebenfalls aus dem Exzellenzcluster Religion und Politik in Münster, referierten. Sie beschäftigten sich mit den intrapersonellen Problemlagen von Menschen, die im lokalen Raum sowohl in der Politik als auch in der Gemeinde mehrfach engagiert tätig sind. Dabei kamen sie zu dem Ergebnis, dass sich die Rollen „kirchlich Engagierter“ und „politisch Engagierter“ nicht trennen lassen und es vielmehr zu einer Rollenvermischung kommt. Dr. *Claudio Kullmann*, Politikwissenschaftler (Jena), untersuchte die Deutschen Katholikentage seit 1978 daraufhin, inwiefern hier ein Wandel in der Politikfähigkeit des Laienkatholizismus von statten gegangen ist. Im Gegensatz zu den Kommentatoren des Ereignisses – sei es innerhalb oder außerhalb der Kirche – sieht er in der Entwicklung aber keinen politischen Bedeutungsverlust des Katholikentages, sondern vielmehr einen Formenwandel in den Themen und der Art, wie sie diskutiert werden.

Auch durch die Interdisziplinarität der Tagung bedingt war die thematische Breite der einzelnen Beiträge sehr groß. Dennoch lassen sich zusammenfassend einige übergreifende Einsichten ausmachen, die es weiter zu erforschen lohnt. So wurde deutlich, dass zwischen der öffentlichen Wahrnehmung von bzw. Diskussion um Religion und der tatsächlichen empirischen Entwicklung religiöser Institutionen und religiöser Vitalität zu trennen ist. Dies steht im Gegensatz

zu der oft geäußerten Beobachtung, wie sie zum Beispiel José Casanova vertritt, dass die mediale Präsenz religiöser Themen einem Bedeutungsverlust des Religiösen widerspräche. Entsprechend scheint zu erwarten, dass die politische Rolle von Religion im Allgemeinen und Kirchen im Speziellen sich mehr und mehr fort von institutionellen Verankerungen in den Bereich der Zivilgesellschaft verschiebt. Dort stehen die religiösen Akteure vor der Herausforderung, sich in die aktuellen, sehr kontroversen Debatten um Integration, Islamophobie, Werteverlust, den Umgang mit Konfessionslosen und Atheisten oder Fragen zur Religionsfreiheit einzubringen. In jedem Fall lässt der Befund einer fortschreitenden Säkularisierung bei einem gleichzeitigen Aufleben des medialen Interesses an Religion einen nachhaltigen Wandel zwischen Politik und Religion in Deutschland und Europa erwarten.